

## Saarländische Polizei - Quo vadis?

### PWC stellt Abschlussbericht vor

Am 07. Juni 2011, einen Tag vor Redaktionsschluss Deutsche Polizei, stellten die Repräsentanten der Unternehmensberatung Price Waterhouse Cooper PWC in der Haushaltsstrukturkommission ihren Abschlussbericht vor. Sie haben - im Auftrag des zur Überwachung der Einhaltung der Kriterien der Schuldenbremse auf Bundesebene gebildeten Stabilitätsrates - den saarländischen Landeshaushalt seit Juli 2010 auf „Schwachstellen“ und Kürzungsmöglichkeiten hin überprüft. Die hierbei angewandte Methode des „Benchmarkings“ verfolgte den Gedanken, die wesentlichen Ausgabenpositionen im Saarland ins Verhältnis zum Durchschnitt westlicher Flächenländer zu stellen, und hieraus die konsequenten Kürzungspotenziale zu entwickeln.

Nach den vielen medial verursachten und von der GdP intensiv begleiteten Debatten der vergangenen Tage durfte es schon nicht mehr überraschen, dass von den PWC-Vertretern für die saarländische Polizei nun auch ganz offiziell ein Konsolidierungspotenzial von ca. 33 Millionen Euro als Folge des diesbezüglichen „Benchmarkings“ gesehen wird. Die GdP hat in der Debatte schwerpunktmäßig darauf hingewiesen, dass ein Vergleich ausschließlich mit dem Schnitt westlicher Flächenländer aufgrund der Mischstruktur des Saarlandes unzulässig ist, und für Teile des Landes (i.b. Großraum Saarbrücken) auch eine Orientierung an den Relationen der Stadtstaaten erforderlich ist. Dass sich in diesem Zusammenhang die saarländische CDU, die sich in der Vergangenheit immer wieder als Partei der inneren Sicherheit gesehen hat, über ihren Fraktionsvorsitzenden Klaus Meiser und ihren innenpolitischen Sprecher Günter Becker bereits klar gegen eine „Kahlschlagpolitik“ bei der saarländischen Polizei ausgesprochen hat, verstehen wir als klares Signal im Hinblick auf die diesbezügliche Haltung der Landesregierung.

Einen Tag vor der Vorstellung des Abschlussberichtes trafen sich Vertreter der öD-Gewerkschaften mit dem DGB-Vorsitzenden Eugen Roth sowie dem Experten der Arbeitskammer, Wolfgang Lerch (siehe Bild). Kollege Lerch beschrieb den anstehenden Zeitrahmen, und stellte ihn in den Gesamtzusammenhang der Schuldenbremse.

Nachdem Ende Mai 2011 der „Stabilitätsrat Bund“ für das Saarland offiziell die Haushaltsnotlage festgestellt hat, besteht nun für die politisch Verantwortlichen eine Pflicht, bis Oktober 2011 ein konkretes „Sanierungskonzept“ zu beschreiben, mit dem das erforderliche „strukturelle Konsolidierungsvolumen“ realisiert werden kann. Der Umfang des Konsolidierungsvolumens ergibt sich aus den Untersuchungen von PWC, die abschließend am 07. Juni in der Haushaltsstrukturkommission präsentiert werden. Wie die konkreten Einzelmaßnahmen des Sanierungskonzeptes aussehen werden, ist in der Folge von den politischen Verantwortlichen im Saarland zu entscheiden. Hierzu wird es am 21. Juni 2011 eine umfassende Anhörung auch der Gewerkschaften geben, bei der sich GdP und DGB natürlich beteiligen und einbringen werden. Zur Vorbereitung dieser Anhörung wird der DGB-Landesvorstand eine Sondersitzung am 16. Juni 2011 durchführen.

Ebenfalls wird die Arbeitsgruppe AG Polizei 2020, die die in der Polizei anstehende Organisationsentwicklung vorbereitet, die Ergebnisse und Vorstellungen von PWC bzw. der Haushaltsstrukturkommission analysieren und gewichten. Für Ende Juni/Anfang Juli 2011 ist schließlich die Übergabe des Abschlussberichtes der AG Polizei 2020 an den Innenminister vorgesehen. In diesem Bericht werden sicherlich auch die potenziellen Konsequenzen einer Kürzungsquote von 33 Millionen Euro, was

umgerechnet einem Personalabbau von 650 Stellen entspricht, dargestellt. Wir erwarten danach ein klares Bekenntnis der Politik zum Stellenwert innere Sicherheit und zum Stellenwert der saarländischen Polizei - und damit verbunden eine klares Nein für die zu weit gehenden Empfehlungen von PWC.

Auch in schwierigen Situationen gilt unser Wahlspruch: Wir kümmern uns!

Hugo Müller, Landesvorsitzender